

Anfrage Nr.: 0003/2010/FZ  
**Anfrage von: Stadtrat Dondorf**  
**Anfragedatum: 17.01.2010**

Betreff:

**Lobbyarbeit für den Verbleib der US-Truppen in Heidelberg**

Schriftliche Frage:

In der Rhein-Neckar-Zeitung war Anfang Dezember 2009 zu lesen, dass die Stadt beziehungsweise Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner, eine Lobbyagentur in Washington beauftragt haben, Lobbyarbeit für den Verbleib der US-Truppen in Heidelberg zu leisten.

In welcher Form und mit welchem Erfolg wurde die Agentur bisher tätig?  
Welche Kosten sind damit für die Stadt Heidelberg verbunden?

Antwort:

Neben der freundschaftlichen Verbundenheit mit den US-Streitkräften - die US-Armee siedelte sich unmittelbar nach Kriegsende nach der kampflosen Einnahme der Stadt am 30. März 1945 in Heidelberg an - gibt es natürlich auch wirtschaftliche Gründe, die für einen Erhalt des Standortes Heidelberg sprechen.

Ziel ist es, die innerstädtischen Standorte der US-Streitkräfte zu reduzieren und sie in Patrick-Henry-Village (PHV) zu konzentrieren. Das vom Gemeinderat schon 1999 beschlossene Modell Räumliche Ordnung stellt die notwendigen Erweiterungsflächen dafür im Westen von PHV bereit.

Während seines Washington-Besuchs im Februar vergangenen Jahres hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner Gelegenheit, mit wichtigen Vertretern des Pentagons und des Senats zu sprechen. Die Gesprächspartner standen den Argumenten und Vorschlägen für den Erhalt des Standortes Heidelberg und gegen eine kostenintensive Verlagerung nur cirka 80 Kilometer nördlich nach Wiesbaden sehr interessiert und positiv gegenüber.

Der Interessensvertreter Heidelbergs in Washington hat die Aufgabe, mit diesen Gesprächspartnern in Kontakt zu bleiben, weitere Entscheidungsträger zu kontaktieren, Überzeugungsarbeit zu leisten und uns über die neuesten Entwicklungen und Entscheidungsprozesse zu informieren. Das Engagement ist befristet bis März dieses Jahres. Zu diesem Zeitpunkt ist die Entscheidungsfindung in Washington voraussichtlich abgeschlossen.

Die Kosten für das Engagement sind vergleichsweise günstig und können aus den laufenden Haushaltsmitteln gedeckt werden. Die Zuständigkeit für die Mittelbewirtschaftung liegt bei der Verwaltung.